

„Ich antwortete, daß ich es thun würde, wenn er die Souverainetät des Königs Ludwig Philipp anerkennen und die französische Fahne aufpflanzen wolle.“ Es gibt nur Eine Alternative für diese unverschämteste aller Angaben in einem amtlichen Bericht. Entweder ist die amerikanische Seite des Vorfalls eine bloße Erdichtung des Admirals, oder sie ist es nicht. Für die erstere Alternative spricht die Ähnlichkeit mit Mazagran, es würde aber unhöflich sein, einen französischen Offizier von Rang für fähig zu halten, seiner Regierung eine so lange, förmliche, wohlbedachte, umständliche Lüge zu berichten. Da wir nun gegen einen französischen Admiral nicht gern unhöflich sein möchten, so wollen wir seine Angabe als wahr betrachten. Dann enthält sie aber eine vollständige thatsächliche Erklärung von Seiten dieses Offiziers, daß er seiner Regierung einen wohlgefälligen Dienst zu erzeigen glaube, indem er irgend einen Schurken oder irgend eine Bande von Schurken, die Straßlosigkeit für ein Verbrechen begehren, wodurch sie die gerechte Strafe einer civilisirten Nation verwirft, unter den Schutz der französischen Flagge stelle, wenn sie nur die Souverainetät des Königs Ludwig Philipp anerkennen. Dies ist eine Proclamation an alle mächtigen Völker beider Hemisphären, welche Beleidigungen ihnen auch die halbfeerauberischen Bewohner irgend einer unbedeutenden Insel der Südsee zugefügt, müßten sie sich diese doch ganz ruhig gefallen lassen, wenn dergleichen Glende sich nur dem Schutze des Königs der Franzosen unterwerfen. Das ist eine seltsame Theorie des Völkerrechts, welche dieser französische Admiral hat. Vielleicht ist es gut, daß er sie zu allererst gegen die friedliche und duldsame Bevölkerung der Vereinigten Staaten versuchte. Wir sind wirklich neugierig, was diese davon denken wird.“

### Frankreich.

\*\* Paris, 24. Dec. Der Moniteur von heute veröffentlicht eine königl. Ordonnanz, welche die unter der Restauration bestandene Würde der Staatsminister (ministres d'état, zum Unterschied der ministres de la couronne, wie man die eigentlichen Minister in Frankreich nennt) wieder einführt. Obwol der Ministerialbericht, welcher jener Ordonnanz vorangeht, die Einführung einer solchen Maßregel indirecter Weise dem coeventuellen Fall einer Regenschast zuschreibt, so ist dieselbe im Grunde nichts Anderes als ein Versuch, um die häufigen Ministerkrisen bei uns zu vermindern. Es ist so schwer, wenn man einmal im Cabinet saß, plötzlich mit seiner oft weniger als mittelmäßigen Privatstellung sich zufrieden zu geben. Wenn das gegenwärtige Cabinet fallen sollte, so wären die H. Tesse und Martin du Nord gezwungen, ihr bescheidenes Advocatenamt wieder aufzunehmen, wie es Hr. Vivien, Ex-Justizminister im Cabinet vom 1. März, zu thun sich gezwungen sah, um anständig leben zu können. Der zu grelle Unterschied zwischen der Lage eines wirklichen Ministers und eines gewissen Mitglieds irgend eines Cabinets war die Hauptveranlassung der Coalition vom Jahr 1838. Den H. Thiers, Guizot und Andern wurde das Warten zu lange, sie konnten sich nicht mehr entschließen, den Grafen Molé am Ruder des Staates länger zu wissen, während sie eine mit ihren Talenten und besonders mit ihrer Eigenschaft als Exminister im schroffen Contraste stehende Privatexistenz zu führen, verdammt blieben. Hr. Guizot erkennt gegenwärtig, daß, was er als Chef der Coalition damals verging, ihn die andern zwanzig oder dreißig Exminister jetzt büßen lassen möchten, um ihrerseits ein Portfeuille zu erhalten. Obwol gegenwärtig schwerlich mehr eine zweite Coalition in Frankreich zu Stande kommen könnte, so ist die Kammer beinahe durchgehends gegen das Cabinet Guizot gestimmt, und im Grunde besteht eine parlamentarische Coalition gegen dasselbe. Um den Sturm, welcher daraus auf Hrn. Guizot losbrechen könnte, zu beschwören, hat Letzterer die Ansicht, welche Hr. Emile de Girardin vor mehreren Jahren schon in seinen études politiques über die Nothwendigkeit der Herstellung jener Würde der ministres d'état vertheidigte, im Cabinet geltend gemacht. Nur Hr. Lacave-Laplagne, welcher von einer solchen Maßregel eine Erschwerung von mehreren 100,000 Fr. jährlich im Budget fürchtet, widerstand eine Zeit lang der Verwirklichung des Vorschlags, pflichtete jedoch, von seinen Collegen überstimmt, nolens volens demselben zuletzt bei. Der König und die H. Partei konnten unmöglich diesem Projecte sich abhold zeigen, welches der Krone neue und ausgedehnte Mittel an die Hand gibt, um ihren Einfluß auf die Mitglieder der beiden Kammern zu vermehren und zu sichern. Aus der langen Liste der Candidaturfähigen, die in der betreffenden königl. Ordonnanz zu lesen ist, werden Sie auf den ersten Blick wahrnehmen, welches weite Feld der Krone und dem Cabinet eröffnet wurde, um den Ehrgeiz und die Habsucht zu befriedigen. Während die Pairswürde ein Amt ohne Einfluß und Gewinn bleibt, soll mit der Stelle der ministres d'état ein Gehalt von wenigstens 20,000 Fr. verbunden werden, damit die Exminister, die in die Kategorie der Candidaten fallen, standesmäßig zu leben vermögen. Wie leicht wird es nun der Krone und dem Cabinet werden, durch die in Aussicht gestellte Beförderung zur Würde

eines ministro d'état dieses oder jenes Botum von den Kammern zu erzielen. Beim Herannahen der Eröffnung der Kammern hofft Hr. Guizot, seine politischen Widersacher mit ähnlichen Versprechungen zu entwaffnen und zahm zu machen. Denn, wie es heißt, werden, ungeachtet die königl. Ordonnanz schon veröffentlicht ist, die definitio betreffenden Ernennungen erst im Laufe der nächsten parlamentarischen Session stattfinden. Die Deputirtenkammer nämlich muß erst die nöthigen Gelder bewilligen, wenn man nicht Gefahr laufen will, im Weigerungsfalle bereits ausgesprochene Ernennungen annullirt zu sehen. Dem Cabinet kommt dieser Umstand trefflich zu statten, der es ihm möglich macht, eine Menge von Hoffnungen zu erregen und vielen Feindschaften zu begegnen. Später, wenn die sogenannten Cabinetsfragen überstanden sein werden, und das Cabinet wenig oder gar nichts mehr zu fürchten hat, wird es die Ernennungen der neuen ministres d'état nach eigenem Ermessen vornehmen können. Die Erreicherung der neuen Würde ist also wol nur im Interesse des Cabinets, und nicht im mindesten mit nächstem Bezug auf den Fall der einstigen Regenschast vorgenommen worden, wenn auch die Regenschast als Deckmantel dienen muß, um die wahren Absichten des Cabinets zu verbergen.

† Paris, 24. Dec. Die Frage der Sklavenemancipation in den französischen Colonien geräth alle Tage mehr in Vergessenheit, und man muß sich darauf gefaßt machen, dieselbe früher oder später ganz von dem Programm der nationalen Aufgaben Frankreichs gestrichen zu sehen. Gegen die zur Verhinderung des Sklavenhandels getroffenen europäischen Maßregeln hat man die öffentliche Meinung glücklich schon so weit aufgehebt, daß die Regierung allem Anscheine nach bald genöthigt sein wird, sich von denselben loszusagen. Die Emancipationsfrage selbst ist wenigstens nicht allzu weit mehr davon entfernt, die ihr früher zugewendete Sympathie des Volks in förmliche Opposition umschlagen zu sehen. Gilt es doch bereits für eine ausgemachte Sache, daß England die Sklaverei in seinen eignen Colonien nur aufgehoben hat, um die übrigen Staaten zur Nachahmung zu zwingen, und um auf diese Weise deren Colonialindustrie und Colonialhandel zu Grunde zu richten. Eine von den Engländern angefangene Neuerung nachahmen, wäre aber natürlich schon an und für sich eine Demüthigung für Frankreich, und wenn diese Neuerung nun gar eine schlaue gelegte Schlinge versteckt, so würde es Frankreich sich nie verzeihen, wenn es sich in derselben fangen ließe. Zur Zeit der ersten Revolution sagte man: Mögen lieber die Colonien verloren gehen, als daß wir ein Princip verlegen; und heutzutage begreift man die Würde dieses Wortes so wenig mehr, daß man dasselbe vielmehr bei jeder Gelegenheit als einen Beleg für die unermessliche Thorheit oder die lächerliche Exaltation der Staatsgrundfäße von 1789 anzuführen pflegt. Gegenwärtig wäre man viel geneigter zu sagen: Mag der Teufel alle Principien holen, wenn er nur die Engländer mitnimmt. Indessen, wie der brutale Egoismus und der rohe Nationalhaß auch die Herzen und die Geister für die Idee der Pflicht und für die Aufgaben der öffentlichen Moral abstumphen möge, die Sache der Emancipation ist nicht verloren, und sie wird mit oder ohne die Franzosen, oder auch denselben zum Trost, zum endlichen Siege gelangen. In dem Mittelpunkte des schändlichen Sklavenwesens, in den Vereinigten Staaten, gewinnt die geistige Bewegung zu Gunsten der Emancipation sichtbar an Kraft und Ausdehnung. Die Abolitionistenpartei ist in den letzten Jahren stark genug geworden, um einen vorherrschenden Einfluß auf die Localwahlen auszuüben, und sie wird wahrscheinlich auch bei der Präsidentenwahl den Ausschlag geben. In den nördlichen Staaten ist sie so mächtig, daß ihr Wille das Gesetz überwiegt, welches die Auslieferung flüchtiger Sklaven verfügt. Ein virginischer Pflanzler, der unlängst einen ihm entlaufenen Schwarzen in Boston wieder fand, versuchte vergebens alle rechtlichen Mittel, um ihn wieder in seine Gewalt zu bekommen; die öffentliche Meinung war stärker als das Gesetz, und der Pflanzler mußte sich glücklich schätzen, daß man ihm zuletzt eine kleine Entschädigungssumme bot, bei deren Auszahlung indessen erklärt wurde, daß dies das letzte Mal sei, daß die Abolitionisten von Boston sich zu einem solchen Opfer verstehen, und daß sie in Zukunft die Freiheit der auf das Gebiet von Massachusetts geflüchteten Schwarzen auch ohne Lösegeld zu schützen wissen werden. Im Staate Vermont haben beide gesetzgebende Körper einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: 1) daß man weder Texas noch irgend einem andern Sklavenstaate die Stimme zur Aufnahme in die Union geben wolle; 2) daß entweder die Sklaverei in dem Districte Columbia abzuschaffen, oder daß der Sitz der Regierung aus diesem Districte weg zu verlegen sei; 3) daß der Congreß den Sklavenhandel von einem Staate zum andern verbieten müsse; 4) daß der Grundsatz der Aufhebung der Sklaverei in die Verfassung des Staates aufgenommen werden solle; 5) daß die Congreßmitglieder für Vermont diese verschiedenen Aufgaben in Washington nachdrücklich zu verfolgen haben. Es ist freilich nicht zu hoffen, daß die Emancipationsbewegung in den Vereinigten Staa-

ten durch  
langen  
gebieteri  
waltfam  
Mal W  
find, un  
Unrech

\* K  
hat eine  
„Die he  
nahme o  
Griechen  
uns bald  
German  
zu restat  
für ähnl  
stern st  
regeln  
bald zur  
Geld zu  
Anlage  
nem Co  
Dinge g  
Gesellsch  
tismus  
kauft.  
Jerusale  
als jemo  
(prêtres  
ihren F  
ganzen  
sucht, I  
den.“ S  
Lügen g  
treiben.  
Zaudern  
nen dop  
erbietig  
berte D  
rede auf  
martine  
wesen u  
einen ne  
— D  
verbreite

\* A  
sehen t  
nachweis  
Entwurf  
19. Mä  
ihn zurü  
ist er no  
schläge d  
sein wer  
das Mi  
in dem  
ments d  
dann als  
liegt, er  
ragraphe  
vorgeleg  
rium sch  
besteht,  
Prestang  
wenn d  
aufgetrag  
aus nich  
lehung  
werden  
nisterium  
lange d  
hat. I  
genheiten  
ist das  
nur sold  
eine Ge  
die betre  
darüber